

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 201.12 / 23.03.2012

Inklusion: Wir brauchen die Hilfe des Bundes

Zur Studie der Bertelsmann-Stiftung über den Ländervergleich zur inklusiven Schule sagt die schulpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Anke Erdmann**:

Professor Klemm stellt fest: Schleswig-Holstein hat eine gute Tradition in Sachen inklusive Bildung. Rund jeder zweite Schüler mit Förderbedarf geht in eine „ganz normale“ Schule. Mit dieser Inklusionsquote liegen wir bundesweit weit vorn. Zum Beispiel wurde das Landesförderzentrum Sehen schon vor fast dreißig Jahren als Schule ohne Schüler konzipiert – absoluter Vorreiter – und die Flensburger Waldschule hat einen bundesweiten Inklusionspreis gewonnen.

Aber: Es gibt keinen Grund, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen. Eine gute Inklusionsquote heißt nicht unbedingt gute Inklusion. Wir müssen genauer hinschauen. Die Studie zeigt jedenfalls: Ohne zusätzliche Stellen geht es nicht. Das ist vor allem deshalb interessant, weil sich die Landesregierung zum Bericht „Inklusion an den Schulen“ im letzten Herbst namentlich auf Prof. Klemm bezogen hat. Laut Bericht sei Inklusion zum Nulltarif zu haben.

Für Schleswig-Holstein lassen sich daraus drei Schlüsse ziehen:

Erstens schaffen wir es nicht allein, den Anforderungen in den Schulen ohne zusätzliche Mittel gerecht zu werden. Wir wollen die Aufhebung des Kooperationsverbotes, so dass der Bund den Ländern bei den Schulen auch finanziell helfen darf. Dieses Geld

wollen wir auch für Inklusion einsetzen.

Zweitens müssen wir uns klar machen, dass wir in einem Flächenland nicht überall sofort gleich gut sein können. Ein erster Schritt sind Schwerpunktschulen. Faktisch gibt es schon heute Schulen, die sehr engagiert in diesem Bereich sind. Das geht aber auf Dauer nicht zum Nulltarif.

Drittens zeigt es noch einmal, dass die 300 Stellenstreichungen zum Sommer das falsche Signal sind. Sie treffen besonders die Grundschulen, für die das Thema zu einer der Hauptherausforderungen geworden ist. Da die Regierung ja den Vertretungsfonds schon zum Sommer aufstocken will – im laufenden Haushalt – sind offenbar finanzielle Potenziale vorhanden. Prof. Klemm beziffert diesen Bedarf auf 88 Stellen, sie werden vor Ort dringend gebraucht.
